

## ROZPRAWY I ARTYKUŁY

HEINZ TIMMERMANN

Berlin

### Europa und sein Osten aus geopolitischer Sicht

#### 1. Aspekte der EU-Ostpolitik

Nach Beendigung des Kalten Kriegs sowie der Auflösung der Sowjetunion und ihres Bündnissystems hat die „Ostpolitik“ der EU und ihrer Mitgliedsländer eine völlig neue Bedeutung erfahren. Galt es zuvor, im Zeichen der friedlichen Koexistenz bei fortbestehenden ideologisch-gesellschaftlichen Gegensätzen die politisch-militärische Entspannung mit der Sowjetunion und ihren Satelliten zu fördern, so geht es jetzt vor allem darum, über die mittlerweile EU-integrierten Länder Ostmitteleuropas hinaus die europäischen Nachfolgestaaten der Sowjetunion auf verschiedene Weise in ein größeres Europa einzubinden. Gemeint sind das neue Russland als auch weiterhin einflussreicher Akteur in der Region sowie die „Neuen Nachbarn“ der erweiterten EU, nämlich die Ukraine, Moldau und potentiell auch ein sich demokratisierendes Belarus (sowie ergänzend die südkaukasischen Länder Armenien, Georgien und Aserbaidschan).

Das ist insofern schwierig, als die Konstellationen im Osten fließend, ungefestigt und von der Suche nach nationaler Identität gekennzeichnet sind. Auch heute, 17 Jahre nach dem Ende der Sowjetunion, ist dieser Prozeß keineswegs abgeschlossen. Und wie das Scheitern des Verfassungsvertrags und jüngst die Blockade des Lissabonner Reformvertrags der EU demonstrieren, trifft diese Offenheit auf spezifische Weise auch auf die EU zu. Somit bleiben die zukünftige internationale Orientierung der EU, Russlands und der Länder Osteuropas sowie deren wechselseitige Beziehungen und geopolitische Ambitionen auch weiterhin ungewiss. Wird die EU der strategischen Partnerschaft mit Russland neue Impulse geben sowie innere Kohärenz und Erweiterung nach Osten miteinander kombinieren können? Wird das neue Russland eine russländische Nation, eine postkommunistische Hegemonialmacht oder ein europäischer Staat, und welchen Platz sieht es für sich in einem „Größeren Europa“? Werden die Länder Osteuropas ihre geopolitische Orientierung auf die EU und das transatlantische Bündnis erfolgreich weiterverfolgen oder werden sie dabei auf verschiedene Hindernisse stoßen? Wie können der Aufbau privilegierter Partnerschaften der EU mit den postsowjetischen Ländern Osteuropas oder gar ihre Integration in Einklang gebracht werden mit guten Beziehungen zu Russland, das in dieser Region auch weiterhin Dominanzansprüche gelten macht?

Zu diesen Ungewißheiten treten mit Blick auf die neue Ostpolitik der EU gewisse Fehlkalkulationen hinzu. Russland werde sich, so die ursprünglichen Vorstellungen, nach einer Phase erfolgreicher Systemtransformation und zügigen Strukturwandels in den Rahmen der liberal-demokratisch geprägten Staaten und ihr Wertesystem einordnen und somit „werden wie wir“. Die Mitgliedschaft Russlands in OSZE und ER schienen solche Erwartungen ebenso zu rechtfertigen wie entsprechende Bestimmungen des 1997 in Kraft getretenen Partnerschafts- und Kooperationsabkommens (PKA). Heute sehen wir: Russland ist für die Außenwelt überraschend schnell zu einer eigenständigen, selbstbewussten Großmacht aufgewachsen, die im Zeichen einer „souveränen Demokratie“ die Prinzipien ihrer inneren Gestaltung *selbst* definiert und – so Außenminister Lawrow – außengelenkte regimeändernde „Demokratisiererei“ (demokratisatorstwo) energisch zurückweist.

Die Neuen Nachbarn Osteuropas ihrerseits und deren tiefgreifende Neupositionierung gerieten erst relativ spät in das Blickfeld der EU: Die Union räumte dem Ausbau ihrer Beziehungen zum neuen Russland zunächst deutliche Priorität ein und akzeptierte de facto den Anspruch Moskaus, als selbsternannte Status-quo-Macht eine dominante Rolle im postsowjetischen Raum zu spielen. Die Osteuropäer ihrerseits sahen aufgrund ihrer wirtschaftlichen Abhängigkeit, ihrer historischen Bindungen und ihrer geopolitischen Nähe zunächst keine Alternative zu Russland als ihrem zentralen Bezugspunkt. Erst das Vorrücken der EU bis an die Grenzen Osteuropas Anfang des neuen Jahrhunderts lenkte die Blicke verstärkt auf diese Länder und gab Anstoß zur Entwicklung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP). Umgekehrt bot sich den postsowjetischen Ländern im europäischen Teil eine Alternative, die ihre Beziehungen zur EU qualitativ veränderte. Damit wurde ein *geopolitischer Prozess* angestoßen, der über die Zuordnung dieser Länder nahezu zwangsläufig zu wechselseitigen Fehlperzeptionen und zu der bis heute anhaltenden Integrationskonkurrenz EU-Russland führte.

Für Russland, das sich Präsident Medwedjew zufolge der „euro-atlantischen Familie“ zugehörig fühlt, gilt die EU als zentraler Modernisierungspartner mit dem Schwerpunkt auf der Wirtschaft, nicht jedoch als Modell politischer und gesellschaftlicher Transformation. Statt einer unter Jelzin anvisierten Integration in die EU sucht Moskau heute den Aufbau eines „Größeren Europa“ in Form einer lockeren Assoziation zwischen zwei gleichberechtigten Partnern: der EU einerseits und einer auf Russland bezogenen Staatengemeinschaft im Osten Europas andererseits. Moskau unterscheidet somit deutlich zwischen Europa und der Europäischen Union. Die Länder Osteuropas dagegen sehen heute – Ausnahme zumindest vorerst: Belarus – in der Union den zentralen Partner für umfassende Transformation mit der längerfristigen Perspektive einer Mitgliedschaft, was auf eine deutliche Verschiebung der geopolitischen Einflussphäre zugunsten der EU hinauslaufen würde. Wird die EU dem wiederstarkenden Russland auf gleicher Augenhöhe begegnen? Wird sie in der Lage sein, die Neuen Nachbarn verstärkt an sich zu binden und schließlich sogar zu integrieren? Die Antwort auf diese Fragen hängt ganz wesentlich von der Kohärenz der Union selbst und der Harmonisierung unterschiedlicher geopolitischer Konzepte unter ihren Mitgliedern ab.

Fraglos ist die EU geökonomisch mittlerweile zu einem eigenständigen Akteur aufgewachsen und hat damit auch an globaler politischer und zunehmend auch militärischer Handlungsmacht gewonnen. So wurde sie zum stärksten Welthandelspartner und

zum größten Geber internationaler Entwicklungshilfe. Der Euro entwickelt sich neben dem schwächelnden US-Dollar zur führenden Währung in der internationalen Finanzarchitektur. Hinzu kommt: Über die GASP/ESVP ist die EU weltweit in insgesamt 13 Konfliktregionen aktiv, wobei sie bei ihrem umfassenden Engagement militärische Mittel nur als ultima ratio anwendet. Die Union verfügt damit über eine Vielzahl diplomatischer, handelspolitischer, entwicklungspolitischer, justizieller, polizeilicher und militärischer Instrumente.

Dennoch ist die EU vorerst nur eingeschränkt in der Lage, auf der Basis konzeptioneller Gemeinsamkeiten auch geopolitisch geschlossen zu handeln. So haben gerade die früheren Erweiterungen, insbesondere diejenige nach Ostmitteleuropa und dem östlichen Balkan, einer Vertiefung der Integration als Voraussetzung für geschlossenes Handeln nach außen enge Grenzen gesetzt. Während der Kern der „Altmitglieder“ mit Deutschland, Frankreich und Italien durchaus bereit ist, zwecks Steigerung der EU-Stoßkraft auch in sensitiven Bereichen bis hin zur Außen- und Sicherheitspolitik Teile ihrer Souveränität in ein großes Ganzes einzubringen, wollen „Neumitglieder“ wie Polen und Tschechien grundsätzlich an ihrer nationalen Souveränität festhalten. Nicht berücksichtigt wird dabei, dass die damit verbundene Re-Bilateralisierung der EU-Außenbeziehungen auch bei den „Altmitgliedern“ Ambitionen zur Knüpfung von Sonderverhältnissen weckt – hier insbesondere zu Russland. Für die Partner der EU im Osten hat dies unterschiedliche Konsequenzen: Russland bietet sich die Chance, die EU zu umgehen und deren Mitglieder gegeneinander auszuspielen. Für die Osteuropäer dagegen bedeutet die Verweigerung vertiefter Integration durch die Neumitglieder einen Dämpfer für ihre Beitrittsambitionen zur.

Problematisch für die Handlungsfähigkeit der EU-Ostpolitik sind ferner die *unterschiedlichen Erinnerungskulturen* bei den „Alteuropäern“ und den „Neueuropäern“ mit Polen und den baltischen Staaten an der Spitze. Die unterschiedlichen Erfahrungen schlagen in einem „Krieg der Erinnerungen“ (Thomas Gomert) fühlbar auf die aktuelle Außenpolitik und hier insbesondere auf die EU-Beziehungen zu Russland durch und unterminieren damit die Verfolgung einer gemeinsamen Linie. So stehen – mit Günter Verheugen zu sprechen, dem Vizechef der EU-Kommission – den langen positiven Friedens- und Wohlstandserfahrungen im Westen die „Traumata und Erfahrungen derer gegenüber, für die der Kalte Krieg mit Fremdherrschaft und Diktatur einherging“. Die Ängste vor dem russischen „Imperialismus“ sind lebendiger Bestandteil der polnischen und baltischen Erinnerungskultur, die aufgrund des spezifischen kollektiven Gedächtnisses auch in Zukunft Wirkungskraft entfalten und die Ostpolitik der EU über ihr Vetopotential beeinflussen wird. Das ist durchaus verständlich: Im aktuellen Russland findet eine kritische Aufarbeitung der sowjetischen Vergangenheit einschließlich ihrer Massenrepressionen und ihrer nationalen Unterdrückung unter Stalin kaum noch statt. Im Gegenteil, nicht selten gilt diese Periode als Referenz für den heutigen Großmachtanspruch Russlands.

Wie stark die unterschiedlichen Erinnerungskulturen die aktuelle Politik belasten, demonstriert eindrucksvoll ein einschlägiges Plädoyer von Außenminister Steinmeier. Darin engagiert er sich für offene und ehrliche Gespräche zwischen den Beteiligten über die schmerzhafteste Vergangenheit und fragt: „Sind wir nicht soweit, dass Historiker aus Russland, Polen, Deutschland und dem Baltikum eine gemeinsame kritische wie

selbstkritische Anstrengung unternehmen, die unterschiedlichen nationalen Sichtweisen abzugleichen, mit denen wir immer noch auf die gemeinsame Vergangenheit blicken?“ Dies bleibt vorerst eher eine konkrete Utopie, wie entsprechende Warnungen Medwedjews auf dem EU-Russland-Gipfel vom Juni 2008 im westsibirischen Chanty-Mansijsk unterstreichen. Dort erhob er Proteste gegen „Tendenzen zu einer selektiven Annäherung an unsere gemeinsame Geschichte“ und gegen eine „Entweihung der Erinnerung des Sieges“ über den Nazismus. Zu gemeinsamer Erinnerung unter den EU-Staaten und zu gemeinsamem Geschichtsverständnis als einer wichtigen Voraussetzung für eine zukunftsbezogene gemeinsame Strategie gegenüber Moskau ist es noch ein langer Weg.

Schließlich stößt die Akteursqualität der EU nach Osten dadurch an Grenzen, dass die „Neuropäer“ in ihrer Sicherheitspolitik *Sonderabkommen mit den USA* gemeinsamem Vorgehen im Rahmen der ESVP Vorrang einräumen. Das trifft sich mit Konzeptionen der USA, die ihre Politik gegenüber dem Osten Europas vorrangig unter geostrategischen Aspekten sehen und eher an einem Zurückdrängen Russlands interessiert sind als – wie die „Alteuropäer“ – an der Entwicklung einer europäischen Wertepflichteten Partnerschaft mit dem Land. Die USA sehen, so scheint es, gerade auch in ihrer Ostpolitik die EU eher als Juniorpartner und Legitimationsbeschaffer, nicht aber als Mitspieler in einer ausgewogenen Partnerschaft, in der die Union im Konzert der Mächte als eigenständiger Faktor mitwirkt.

Jüngstes Beispiel hierfür ist die geplante Stationierung von Komponenten eines – vorgeblich gegen den Iran gerichteten – US-Raketenabwehrsystems in Polen (ersatzweise Litauen) und einer weit in den russischen Raum hineinwirkenden Hochleistungs-Radaranlage in Tschechien. Beide Systeme werden von Russland als Bedrohung seiner Sicherheit und als Verletzung westlicher Zusicherungen wahrgenommen, nach der Vereinigung Deutschlands und dem NATO-Beitritt der Ostmitteleuropäer seine Militärstrukturen nicht näher an die Sowjetunion/Russland heranzuführen. Wer garantiert, dass die Zahl der Raketen und Radaranlagen einschließlich der dazugehörigen Truppenteile nicht wie bei der NATO-Erweiterung immer weiter erhöht wird, fragt man sich in Moskau; Gerüchten zufolge wird sogar die Reaktivierung des Luftwaffenstützpunktes Lourdes auf Kuba als eine unter mehreren „asymmetrischen“ Gegenmaßnahmen erwogen. Gewiss steht es Polen und Tschechien *völkerrechtlich* frei, in bilateralen Stationierungsverträgen mit den USA ihre spezifischen Interessen zu vertreten. *Politisch* jedoch spalten sie damit die EU und kommen – ähnlich wie anlässlich der im Irakkrieg geschmiedeten „Koalition der Willigen“ – Bestrebungen der USA entgegen, durch Auspielen des „alten“ gegen das „neue“ Europa eine eigenständige außen- und sicherheitspolitische Identität und Handlungsfähigkeit der Union nicht zuletzt in Richtung Osten zu unterminieren. Im Blick auf die Raketenabwehr ist die Marginalisierung der EU und ihrer Sicherheits- und Verteidigungspolitik bemerkenswert.

In diesem Kontext liegt es an den Europäern selbst, durch vertiefte Integration, nachhaltige Kohärenz und eigenständiges Handeln nach außen ihre Akteursqualität zu steigern. Notwendig ist eine Balance zwischen den eigenen geopolitischen Zielen, den transatlantischen Beziehungen und der Partnerschaft mit Russland. Zwar wird der Reformvertrag von Lissabon, sofern er von allen Mitgliedern ratifiziert wird, auch im internationalen Bereich die Möglichkeiten für verstärkte Zusammenarbeit erweitern.

Angesichts der Interessenunterschiede zwischen „alten“ und „neuen“ Europäern dürften jedoch bei der EU gerade im Blick auf ihre Interaktion mit dem Osten immer wieder Probleme auftauchen, nicht zuletzt im Rahmen der bevorstehenden Ausarbeitung eines neuen „Vertrags über strategische Partnerschaft“ mit Russland als Folgevertrag des PKA.

## 2. EU-Russland: Eine schwierige Partnerschaft

Als Kern der UdSSR hatte Russland den Zerfall seines Imperiums und seinen Abstieg als Großmacht erlebt, wobei die Ausdehnung der NATO nach Osten in Moskau zusätzlich ein grundsätzliches Misstrauen gegenüber dem Westen nährte. Inzwischen haben sich unter Putin im internationalen Beziehungssystem fundamentale, keineswegs abgeschlossene Machtverschiebungen ergeben, in deren Folge Russland die Schwächeperiode seiner reaktiven Politik der 90er Jahre hinter sich ließ und zu einer eigenständigen, handlungsfähigen und *selbstbewussten Großmacht* in der internationalen Politik und der globalen Wirtschaft aufgestiegen ist. Russland ist nicht nur frei von Auslandsschulden und darin begründeten Abhängigkeiten, sondern entwickelt sich selbst in raschem Tempo zu einem Akteur auf den internationalen Investitions- und Finanzmärkten. Die Moskauer Politik ist weder ideologiegeleitet (wie zu Sowjetzeiten) noch ist sie wertebezogen (wie anfangs unter Jelzin). Stattdessen orientiert sie sich an den von der Führung definierten kulturellen Traditionen und nationalen Interessen. Den zentralen Macht- und Einflussfaktor im Verhältnis zu Europa bilden die Energielieferungen („Energie-Geopolitik“) und nicht wie zu Sowjetzeiten das Militär. Dessen Etat macht gerade den 15. Teil des US-Verteidigungsbudgets aus und soll nur in Maßen steigen: Das Tandem Medwedjew/Putin will die Lehren aus der späten Sowjetperiode ziehen, als überhöhte Rüstungsausgaben das System ökonomisch-sozial destabilisierten und es schließlich zum Einsturz brachten.

Der Macht- und Einflussgewinn Russlands wird von den transatlantischen Bündnispartnern durchaus unterschiedlich eingeschätzt. Die USA schwanken im Zeichen ihres unilateralen globalen Herrschaftsanspruchs zwischen Kooperation, Nichtbeachtung und Konfrontation. Ein Beispiel für die „antagonistische Partnerschaft“ ist der Vorschlag von Verteidigungsminister Gates vom Februar 2007, Russland zusammen mit China, Nordkorea und Iran in die Reihe der Problemstaaten einzuordnen. In die gleiche Richtung weist die Aufforderung des republikanischen Präsidentschaftskandidaten McCain, Russland aus der G8 zu entfernen. Gleichzeitig werden Pläne geschmiedet, eine weltumfassende „Liga der Demokratien“ von mehr als 100 Staaten unter Ausschluss des „revanchistischen“ Russland, Chinas und weiterer als nichtdemokratisch qualifizierter Länder zu gründen. Letztlich soll die Organisation darauf hinauslaufen, als Konkurrenz oder sogar Alternative zur UN zu fungieren und „humanitäre Interventionen“ der USA zu legitimieren. Doch wie sollen globale und regionale Konflikte ohne die Mitwirkung der genannten Outsider gelöst werden, lautet die Frage unter den Europäern.

Die EU ihrerseits ist mehrheitlich keineswegs an einem schwachen, an den Rand gedrängten Russland interessiert – einem Russland, das Instabilität über Osteuropa nach Westen verbreiten würde. Vielmehr zielt sie darauf, die „Alteuropäer“ mehr als

die „Neueuropäer“, die europäische Großmacht Russland als berechenbaren Mitspieler für *vertrauensvolle funktionale Zusammenarbeit* und *internationales Krisenmanagement* einzubinden sowie der Partnerschaft durch Orientierung an gemeinsamen europäischen Werten Dauer und Nachhaltigkeit zu verleihen. Tatsächlich sind die Beziehungen EU-Russland seit dem Wiederaufstieg Moskaus zur Großmacht einerseits von enger werdenden Interaktionen und Verflechtungen geprägt, wie sie zwischen beiden Völkern niemals zuvor in der Geschichte zu verzeichnen waren. Das betrifft den institutionalisierten politischen Dialog in Form zweier jährlicher Gipfeltreffen ebenso wie die Bereiche Handel, Energie und Investitionen sowie Vernetzungen auf zivilgesellschaftlicher Ebene. Die speziell von Russland angestrebte und partiell bereits eingeführte wechselseitige Reisefreiheit unterstreicht diesen Befund.

Andererseits ist die Partnerschaft EU-Russland trotz der Vielzahl gemeinsamer Interessen und erfolgreicher Interdependenzen parallel zum Wiederaufstieg Russlands zur Großmacht jedoch in eine Krise geraten. Zwar betreibt Moskau seine Politik nicht länger konfrontativ, hält aber mit Blick auf die Länder Osteuropas auch weiterhin an überkommenem Denken in Kategorien wie „Einflusszonen“ und „Nullsummenspiel“ fest. Das einschlägige Engagement der EU gilt den Moskauer Führungskreisen als *neoimperiales Ausgreifen* in die von Russland auch weiterhin als „*domaine réservée*“ betrachtete Region – und dies trotz der Weigerung der Union, den Osteuropäern die gewünschte Beitrittsperspektive zu geben. Für Moskau hat das Denken in traditionellen geopolitischen Kategorien sowie entsprechender Druck auf die Länder des „Nahen Auslands“ (Beispiele: Prognosen eines Zerfalls der Ukraine, Boykott georgischer und moldawischer Weine) paradoxe Folgen: Der russische *Einflussgewinn* in seinem „Fernen Ausland“ korrespondiert mit starken *Einflussverlusten* in seinem „Nahen Ausland“. Um ihren Einflussverlust abzubremsen – so gelegentlich hochrangige Moskauer Politiker wie Ex-Außenminister Iwanow –, müsse Russland seinerseits wie die EU ein für die Partner des Nahen Auslands *attraktives Gesellschaftsmodell* entwickeln sowie in der Zusammenarbeit die *ganze* Gesellschaft mitnehmen und nicht nur die an der Macht befindlichen Eliten. Wie lassen sich aus geopolitischer Sicht die EU-Russland-Beziehungen und deren Perspektiven umreißen, die 2005 in den Wegekarten für die vier Gemeinsamen Gesamteuropäischen Räume (Wirtschaft, Inneres, Außenpolitik, Bildung und Kultur) anvisiert wurden und die in dem künftigen PKA-Folgevertrag präzisiert werden sollen?

*Gemeinsamer Wertekanon.* Aus Sicht der EU bildet die schrittweise Realisierung gemeinsamer Grundwerte und europäischer Prinzipien – Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Medienfreiheit, Menschenrechte – die Voraussetzung für politische Stabilität, wirtschaftliche Effizienz und lebendige Zivilgesellschaft („Sozialisation durch Interdependenz und Zusammenarbeit“). Zugleich gewährleisten sie die feste Fundierung und Nachhaltigkeit der Partnerschaft, beeinflussen sie doch auf unterschiedliche Weise sämtliche Kooperationsfelder. Autoritäre und nationalistische Trends in der russischen Innenpolitik schlagen auf die Außenpolitik des Landes und folglich auch auf die EU-Russland-Beziehungen durch, gefährden vertrauensvolle, dauerhafte stabile Kooperation und bergen sogar erhöhtes Konfliktpotenzial in sich. Kritische Stimmen aus Europa beziehen sich daher keineswegs verengt nur auf Verletzung von Menschenrechten, sondern auf autoritäre, intransparente Züge des Systems insgesamt.

Die Moskauer Führung sieht dies bei verbalen Bekenntnissen zu europäischen Werten anders, obwohl in der Verfassung von 1993 erstmals in der russischen Geschichte der Vorrang der Rechte und Freiheiten des Menschen gegenüber dem Staat verkündet wird. Dies geschieht aus zwei Gründen. Zum einen führt sie ihr Wiedererstarken nicht zuletzt auf einen Bruch mit westlichen Demokratie- und Wirtschaftsmodellen zurück, wie sie in der Jelzin-Periode übernommen worden waren und den Abstieg Russlands beschleunigten. Als konsolidierte Großmacht ist die Moskauer Führung entschlossen, in patriotisch-nationalem Konsens an den spezifischen kulturhistorischen, ethischen und systemkonformen Traditionen und Werten Russlands festzuhalten. Auf dieser Grundlage gilt es, die inneren Entwicklungen des Landes selbst zu gestalten, um so zu verhindern, dass die Europäer durch Etablierung eines „normativen Imperiums“ (Wladimir Putin) den Charakter des Systems in ihrem Sinne verändern und das Land damit in ihre Abhängigkeit bringen.

Zum ändern wendet sich Moskau – insbesondere nach dem Umbruch in der Ukraine – gegen eine Allgemeingeltung europäischer Werte. Deren Realisierung wird als geopolitische Expansion der EU mit dem Ziel wahrgenommen, über das Instrument eines „demokratischen Messianismus“ (so Konstantin Kossatschow, Vorsitzender des Staatsdumakomitees für Außenbeziehungen) und einer Implantation farbiger Revolutionsviren die Machtverhältnisse im postsowjetischen Raum umzustürzen, Russland aus seinem „Nahen Ausland“ zu verdrängen und in Russland selbst einen Regimewechsel anzustoßen. Ähnliche Vorwürfe richten sich mittlerweile auch gegen die OSZE. Nicht zufällig stützt Moskau trotz massiver Wahlmanipulationen weiterhin den unberechenbaren Lukaschenko und dessen scharf autoritäres Regime in Belarus: Die Einleitung demokratischer Transformationen würde, so die Wahrnehmung der russischen Führung, eine geopolitische Wende des Landes weg von der vorrangigen Orientierung auf Russland hin zu Bestrebungen zur Integration in die EU zur Folge haben.

In diesem Kontext ist die Initiative Putins auf dem Lissabonner EU-Russland-Gipfel vom Oktober 2007 zu begrüßen, in Brüssel ein „Russisches Institut für Freiheit und Demokratie“ zu gründen. Gewiß dürfte seine vorrangige Aufgabe darin bestehen, unter Hinweis auf spezifische russische Traditionen europäische Kritik an mangelnder Implementierung von Grundwerten zu begegnen und im Gegenzug Fehlentwicklungen im Westen, darunter auch die Diskriminierung ethnisch russischer Minderheiten in den baltischen Staaten, offensiv aufzugreifen. Zugleich könnte das Institut aber auch zu einem Ort kritisch-konstruktiven Dialogs zwischen Vertretern von Regierung, Opposition und Zivilgesellschaft aus Russland und Ländern der EU werden, bei dem wechselseitige Fehlperzeptionen korrigiert, Fehlentwicklungen thematisiert und im Blick auf Freiheit und Demokratie Zukunftsperspektiven aufgezeigt werden. Einseitiges Heben des Zeigefingers in Richtung Russland wirkt eher kontraproduktiv.

*Gemeinsamer Gesamteuropäischer Wirtschaftsraum.* Dieser gilt beiden Seiten als Kern und Triebkraft der strategischen Partnerschaft sowie als zentraler Impulsgeber für gegenseitige Verflechtung und Interdependenz. So gehen bei einem Gesamtvolumen von 233 Mrd. Euro im Jahre 2007 (2003: 85 Mrd.) 57 Prozent der Exporte Russlands in die EU und 6,2 Prozent der EU-Exporte nach Russland. Rund 75 Prozent aller Auslandsinvestitionen in Russland – allein 2007 17 Mrd. Euro – stammen aus der Union, die damit zum zentralen Handels- und Modernisierungspartner Moskaus wurde. Mit

den neuen Möglichkeiten sind jedoch zugleich neue Probleme in den EU-Russland-Beziehungen entstanden. Besonders gilt dies im Blick auf wechselseitige Investitionen in strategischen Bereichen – geoökonomische Hebel werden, so wechselseitige Befürchtungen, zu geopolitischen Einflussfaktoren. In Deutschland und weiteren EU-Ländern wächst der Widerstand gegen entsprechende Beteiligungen Russlands, wobei der Telekommunikationssektor und die Europäische Luft- und Raumfahrtindustrie im Mittelpunkt stehen. Ähnliches gilt für den Energiebereich, in dem Produktion, Durchleitung und Verteilung auch deshalb voneinander getrennt werden sollen, um ausländischen (sprich: russischen) Konzernen monopolistische Marktmachtbildung zu verwehren. Moskau seinerseits hat für Ausländer Beschränkungen von Investitionen in 42 als strategisch deklarierten Wirtschaftsbereichen und beim Zugang zu Bodenschätzen vorgenommen. So dürften Regelungen auf dem Feld von Investitionen einen wichtigen Punkt bei den Verhandlungen über einen PKA-Folgevertrag sein.

Eine rasante Steigerung ist schließlich im Wettbewerb um die Ausbeutung von Energiequellen und den Besitz von Leitungssystemen zu verzeichnen – im postsowjetischen Raum und darüber hinaus in der europäisch-afrikanisch-asiatischen Großregion. Während dabei für Moskau geoökonomische und geopolitische Konzeptionen im Vordergrund stehen, hat für die EU die Diversifizierung der Energielieferungen und damit die Energiesicherheit hohen Rang. Wir brauchen einen Energiedialog, so Außenminister Steinmeier Anfang 2007, „der die Interessen von Produzenten, Konsumenten und Transitländern ausgleicht und einen Streitschlichtungsmechanismus einschließt“. Bis dahin ist es noch ein weiter Weg. Zum einen verweigert sich Russland (und ähnlich übrigens auch Norwegen) einer Öffnung seiner Pipelinesysteme für ausländische Benutzer, denen damit die Durchleitung für Erdgas aus Zentralasien nach Europa verwehrt wird. Und zum andern sucht Russland mit guten Erfolgsaussichten ein EU-Pipelineprojekt von Zentralasien über die Türkei nach Europa („Nabucco“) zu konterkarieren, und zwar durch die Verlegung einer Pipeline („South Stream“) mit einem Durchleitungssystem unter dem Schwarzen Meer über Bulgarien nach Zentraleuropa und Italien. Die Chancen für Russland, über geoökonomische Expansion in Südeuropa seinen geopolitischen Einfluss in Gesamteuropa zu steigern, sind freilich nicht zuletzt eine Konsequenz der Tatsache, dass sich die EU trotz wiederholter Ansätze auf eine einheitliche Energiepolitik nicht einigen konnte.

*Äußere Sicherheit.* Auf wichtigen Feldern der internationalen Politik beziehen die EU und Russland gleiche oder ähnliche Positionen. Zentrale Stichworte sind: effektiver Multilateralismus in einem funktionierenden System internationaler Regeln und Institutionen, in denen die VN den Kern bilden; gewaltfreie Konfliktlösungen im Nahen und Mittleren Osten; logistische Kooperation bei der Bekämpfung der Taliban in Afghanistan. „Eine gesamteuropäische Friedensordnung und die Lösung wichtiger sicherheitspolitischer Probleme vom Baltikum bis nach Nahost läßt sich nur mit und nicht ohne Russland erreichen“, heißt es in einem Strategiepapier des Auswärtigen Amtes vom September 2006. Russland seinerseits hat zu erkennen gegeben, dass es auch Sicherheitsaspekte zu den Schlüsselthemen der EU-Russland-Beziehungen zählt. Denn kaum zufriedenstellend sei eine Konstellation, so der Moskauer Experte Dmitrij Trenin, „bei der das größte Land des europäischen Kontinents außerhalb der Grundstrukturen der regionalen Sicherheit verbleibt“. Der zentrale Grund hierfür liegt darin,

dass harte Sicherheitsfragen, die eigentlich außerhalb der EU-Kompetenz liegen, zunehmend auch die EU und das EU-Russland-Verhältnis berühren. Stichworte sind u.a.: Raketenabwehr in Polen und Tschechien, KSE-Vertrag in Gesamteuropa, dritte NATO-Erweiterung um Ukraine und Georgien. In diesem Kontext könnte der von Medwedjew in Berlin und danach wiederholt vorgebrachte Vorschlag zur Schaffung einer die USA, Russland und Europa übergreifenden europäischen Sicherheitsarchitektur „von Vancouver bis Wladiwostok“ in die Überlegungen für den anvisierten „Vertrag über strategische Partnerschaft“ einbezogen werden.

Immerhin stieß die Anregung Medwedjews, nach intensiven Vorbereitungen einen entsprechenden Gemeinsamen „Europäischen Sicherheitsvertrag“ abzuschließen, während des Gipfels in Chanty-Mansijsk bei seinen Brüsseler Gesprächspartnern durchaus auf Interesse. In Wirklichkeit ist sie keineswegs so neu, wie sie hierzulande meist präsentiert wird: Bereits zuvor, im Juni 2007, hatten Außenminister Lawrow und andere Spitzenvertreter die Bildung eines triangulären euro-atlantischen Verbundes im EU-Russland-USA-Format mit der Aufgabe vorgeschlagen, ein „Großes Europa ohne Trennlinien“ zu schaffen.

*PKA-Folgeabkommen.* Auf ihrem Gipfel von Chanty-Mansijsk einigten sich die EU und Russland auf den Beginn von Verhandlungen über die PKA-Folgeabkommen, nachdem Polen und Litauen nach insgesamt 18-monatlicher Blockade ihre Vorbehalte zurückgezogen hatten. In der Substanz sollen ein die Hauptprinzipien der Zusammenarbeit umfassender Rahmenvertrag sowie einige Sektorabkommen ausgearbeitet werden, wobei beide Teile ein rechtlich bindendes Gesamtwerk bilden. Während die EU dafür nach dem Beispiel des 150-Seiten starken PKA ein Vertragswerk aus einem Guss bevorzugt – wohl auch, um den konkreten Projekten gleiches Gewicht zu verleihen –, scheint sie zugleich offen für russische Vorstellungen zu sein. Diese sehen vor, einen kurzgefassten Rahmenvertrag prinzipiellen Charakters auszuhandeln und diesem ein separates Sektorenabkommen in Form von Wegekarten beizufügen, die Medwedjew zufolge „den zentralen Mechanismus für die Kooperation zwischen Russland und der EU bilden und ihre Effizienz bewiesen haben“.

So verweist die Absicht der Partner zur Neufassung des Abkommens auf ihr fortbestehendes Interesse an einer vertraglichen Fundierung ihrer Beziehungen. Tatsächlich könnte der neue „Vertrag über strategische Partnerschaft“ dazu beitragen, Misstrauen und Perzeptionsdifferenzen abzubauen, gemeinsamen Projekten einen profilierten Rahmen zu geben und damit den besonderen Charakter ihrer Beziehungen im Blick auf die Bildung eines „Größeren Europa“ oder eines „Gemeinsamen Europäischen Hauses“ zu betonen, wie es Medwedjew in Anknüpfung an eine bekannte Formel Gorbatschows nannte. Freilich wird das Folgeabkommen einen anderen Charakter haben als das PKA, das mit einem fragilen Transformationsstaat Russland abgeschlossen wurde, der sich westlichen Vorgaben und Wertennormen weitgehend anpassen musste. So wird die damalige Übernahme europäisch geprägter Werte und die Harmonisierung der russischen mit den europäischen Gesetzgebungsnormen durch einen mehr pragmatisch-operativen Ansatz der Interaktion unter Gleichberechtigten ersetzt. Auch wird es angesichts der Differenzen der Partner auf zentralen Feldern wie Wertennormen, Energie und Außenbeziehungen trotz vielfach gemeinsamer Interessen für die EU schwer

sein, mit den wiedererstarkten Russland einen gemeinsamen Nenner zu finden. Das gilt um so mehr, als die Ansichten zwischen den „alten“ und den „neuen“ Europäern teilweise erheblich voneinander abweichen und die Vertragsverhandlungen daher von jedem Mitglied zur Geisel für die Durchsetzung seiner Partikularinteressen gegenüber Moskau genommen werden können. Werden sie nicht berücksichtigt, so droht das Scheitern der Ausarbeitung des ins Auge gefassten „Vertrags über strategische Partnerschaft“: Neben dem Europäischen Parlament muss er schließlich von sämtlichen 27 Mitgliedern ratifiziert werden. Angesichts der konfrontativen Konzeption der nationalistisch orientierten Kaczynski-Brüder, mit der sich Polen in der EU eher selbst isoliert hatte, wäre das problematisch gewesen. Wie der von Warschau nunmehr ebenso wie von Moskau bekundete Wille zum Abbau der wechselseitigen Spannungen demonstriert, ist die bürgerlich-liberale Regierung Tusk entschlossen, wieder näher an den mainstream der EU-Russlandpolitik heranzurücken.

Insgesamt ist gleichwohl mit schwierigen und langwierigen Verhandlungen zu rechnen, die sich bis zu drei Jahre hinziehen können. Begleitet werden sie voraussichtlich von Integrationskonflikten über die Länder Osteuropas, die in Moskau als „Nahes Ausland“ und in Brüssel als „Neue Nachbarn“ bezeichnet und von beiden Seiten nicht als gemeinsame Nachbarschaft, sondern neutral als „angrenzende Gebiete“ wahrgenommen werden. Den Ländern dieser „Zwischenregion“ selbst wurde mit der wachsenden Ablösung von Russland zunehmend bewusst, dass es für sie mit der EU, die auf sie wachsende politische und wirtschaftliche Anziehungskraft ausübte, einen machtbalancierenden Faktor und sogar eine Alternative zu Russland als ihrem bislang zentralen Bezugspunkt gibt.

### 3. Die EU und die Länder Osteuropas: Eine halboffene Tür

Im Zuge des EU-Beitritts der Länder Ostmitteleuropas 2004 nahm die EU mit ihrer ENP einen Strategiewechsel vor – weg von der auf Russland konzentrierten Ostpolitik hin zu einer auf den gesamten Raum bezogene Einflusspolitik. Weder zielt sie damit auf ein geopolitisches Ausgreifen noch auf eine Absorption ihrer osteuropäischen Nachbarn nach dem Muster eines Nullsummenspiels. Tatsächlich geht es der EU darum, an ihrer Ostflanke politisch stabile, wirtschaftlich prosperierende, rechtsstaatlich verfasste und damit berechenbare Partner zu haben.

Die zentralen Kooperationsfelder mit den Neuen Nachbarn, fundiert in gemeinsamen Werten, können stichwortartig so umrissen werden: Der *politische Dialog* umfasst Fragen der Außen- und Sicherheitspolitik, der Konfliktprävention und der Krisenbewältigung. Sollten die Osteuropäer über gefestigte demokratische Institutionen verfügen, so kann darüber hinaus eine engere Zusammenarbeit mit GAS/ESVP ins Auge gefasst werden. Den Kern der ENP bilden Angebote zu engerer *Wirtschaftskooperation*, die schließlich über die Formierung eines einheitlichen Marktes zur Realisierung der berühmten vier Freiheiten führen könnte: Freizügigkeit für Personen, freier Warenaustausch, Dienstleistungsfreiheit sowie Freiheit des Kapitalverkehrs. Schließlich stellte die EU den Partnern zwecks engerer Anbindung eine verstärkte *Integration der Infrastrukturnetze* in Aussicht, darunter in den Bereichen Energieleitsysteme, Verkehr, Umwelt, Information und Kommunikation.

In der eingangs geschilderten mangelnden Kohärenz der erweiterten EU und ihrer sich daraus ergebenden eingeschränkten Aktionsfähigkeit liegt der zentrale Grund dafür, dass die Union eine Mitgliedschaft der Neuen Nachbarn zumindest vorerst nicht ins Auge fassen kann. Eine ungebremste Erweiterungspolitik birgt das Risiko einer EU der zwei Geschwindigkeiten oder sogar ihres Auseinanderfalls in verschiedene Gruppierungen in sich. Allerdings schließt die ENP für den Fall vertiefter Integration und Kohärenz langfristig die Erweiterungsoption auch nicht grundsätzlich aus, so dass von einer Strategie der halboffenen Tür gesprochen werden kann. Das anvisierte „Vertiefte Abkommen“ mit der Ukraine, das eine starke Annäherung an die EU ohne Beitrittsautomatismus vorsieht, fällt in diese Kategorie.

Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang das polnisch-schwedische Projekt einer „Östlichen Partnerschaft“ mit den Ländern der Neuen Nachbarschaft, zumal es deutliche geopolitische Ambitionen *innerhalb* der EU reflektiert. In seiner ersten erfolgreichen Initiative nach dem Beitritt zur EU machte Polen, das sich als Sachwalter der östlichen Anrainer versteht, seine Zustimmung zur Bildung der französisch inspirierten Mittelmeerunion von der Unterstützung Brüssels für das Projekt der Ostpartnerschaft abhängig. Deren Ziel ist es Warschau zufolge, die ENP in Richtung Osten zu dynamisieren und dabei insbesondere durch Realisierung des „Vertieften Abkommens“ die Beitrittsfähigkeit der Ukraine zu stimulieren. Zwar seien die ENP-Länder des afrikanisch-nahöstlichen Raums Nachbarn Europas, so wiederholt der polnische Außenminister Sikorski, doch stünden die Neuen Nachbarn Osteuropas und des Südkaukasus der EU als *europäische* Nachbarn wesentlich näher. Nach anfänglichem Zögern akzeptierte die EU das Konzept der „Östlichen Partnerschaft“ und beauftragte die Kommission, auf der Grundlage der ENP konkrete Projekte auszuarbeiten. Genannt werden in den polnisch-schwedischen Dokument u.a.: Demokratie und Rechtsstaatlichkeit, Freihandel, Umweltschutz, Infrastruktur und Transport sowie Visaerleichterungen mit der Perspektive visafreien Reisens. Abzuwarten bleibt, ob die Projekte auf den verschiedenen Ebenen tatsächlich ineinandergreifen und den erwarteten Mehrwert produzieren.

In diesem Kontext ist die EU nicht bereit, einen Anspruch Russlands zu akzeptieren, in Osteuropa als bestimmende Ordnungsmacht aufzutreten. Die Neuen Nachbarn dürfen auch in Zukunft nicht als abhängige Variablen ihrer Beziehungen zu Russland behandelt werden. Andererseits wird die EU die Verdichtung ihrer Beziehungen zu den Neuen Nachbarn aber auch nicht als Nullsummenspiel in *Konfrontation* zu Russland betreiben. Angesichts der engen wirtschaftlichen sowie der vielfachen historischen, menschlichen und kulturellen Verbindungen dieser Länder zu Russland ist die EU im Gegenteil bestrebt, Interessen und Perzeptionen Moskaus in ihr Kalkül einzubeziehen und entsprechenden Einfluss auf ihre Neuen Nachbarn zu nehmen, ohne Russland darüber freilich ein Vetorecht einzuräumen. So wandten sich Deutschland und andere „Alteuropäer“ nicht nur deshalb gegen eine rasche Aufnahme der Ukraine in die NATO, weil sie nach wie vor von der großen Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. Vielmehr geschah dies auch deshalb, weil sie – so treffend Henry Kissinger – „russische Emotionen wecken würde, die einer Lösung aller anderen strittigen Probleme im Wege stehen werden“. Die zukünftige geopolitische Zuordnung der Ukraine wird, so scheint es, auch in Zukunft eines der zentralen Probleme für die EU-Russland-Beziehungen bilden.

Vor diesem Hintergrund hält sich die Unterstützung Brüssels für die 1997 gegründete, stark US-geförderte und gegen russische Dominanzansprüche in der Region gerichtete regionale „Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung – GUAM“ (Georgien, Ukraine, Aserbaidshan, Moldau) in engen Grenzen. An dem Gipfel vom Juli 2008 nahmen als Beobachter nicht zufällig auch der polnische Präsident Kaszynski und sein litauischer Kollege Adamkus teil. Neben ambitionierten Initiativen zur Lösung der „eingefrorenen Konflikte“, der Wirtschaftskooperation und dem Ausbau der Transportinfrastruktur hat sich die insbesondere von der Ukraine und Georgien bestimmte Organisation zur zentralen Aufgabe gesetzt, im europäischen Zwischenraum Schwarzmeer-Baltikum Projekte des Energietransits unter Umgehung Russlands zu unterstützen und ein geopolitisches Gegengewicht gegen Moskau zu bilden. Bislang freilich ist die Organisation ohne Struktur und sichtbares Gewicht geblieben, zumal Moldau Moskauer Offerten zur Lösung des Transnistrienproblems über die Absage an einen NATO-Beitritt hinaus mit einer Reduzierung seines Engagements in GUAM honorierte.

Russland hält zumindest verbal an seinem Anspruch fest, Sonderbeziehungen zu den Ländern der GUS zu pflegen und diesen Priorität einzuräumen vor seinen Beziehungen zum „Fernen Ausland“. In Wirklichkeit jedoch beginnen sich die Grenzen zwischen seinem „Nahen“ und seinem „Fernen Ausland“ zu verwischen. Dies gilt um so mehr, als das Projekt des 2003 von Russland, Ukraine, Belarus und Kasachstan gegründeten „Einheitlichen Wirtschaftsraums“ (EWR) nach dem umbruchbedingten Ausseren der Ukraine faktisch gescheitert ist. Letztlich liefen die Vorstellungen der Putin-Führung darauf hinaus, den EWR unter russischer Dominanz zum Gravitationszentrum und Kristallisationspunkt eines neuen wirtschaftlichen und politischen Integrationsprozesses zu machen – nicht zuletzt als geopolitisches Gegengewicht zur ENP.

Als Konsequenz des EWR-Scheiterns ging Putin zu einer Strategie selektiver pragmatischer und an den nationalen Interessen orientierter Einflussnahme über, in deren Folge nach den Ländern Osteuropas auch Putin zu dem Schluss gelangte: „Wir sind verschiedene Staaten“. Am deutlichsten sichtbar wird dies in der Umstellung von Präferenzpreisen bei Energieträgern in Richtung Weltmarktpreise sowie in dem Bestreben, in den Ländern Osteuropas die Kontrolle über die Pipelinesysteme und über strategisch wichtige Unternehmen einschließlich der petrochemischen Raffinerien zu gewinnen. Die Ökonomisierung der Politik und die Politisierung der Ökonomie gingen in Russland eine nur schwer durchschaubare symbiotische Verbindung ein.

Zugespitzt ausgedrückt, hatte die Moskauer Strategie aus geopolitischer Sicht für das Regime paradoxe negative Konsequenzen: Der Einflussgewinn des wiedererstarkten Russland in seinem „Fernen Ausland“ ging einher mit sichtbarem Einflussverlust in seinen „Nahen Ausland“. Zum einen verstärkte das zunehmend interessenbezogene Herangehen Moskaus und das Ausspielen seiner Energiemacht im westlichen GUS-Raum einschließlich Belarus unter den dortigen Eliten das Bewußtsein und den Willen, als *eigenständige, von Russland unabhängige Staaten* für ihre spezifischen nationalen Interessen einzutreten. Gerade die Verhärtung Moskauer Positionen veranlaßte die Länder Osteuropas, ihre politischen, wirtschaftlichen, energiebezogenen und kulturellen Beziehungen verstärkt zu diversifizieren, und zwar vorrangig in Richtung EU. Die Liquidierung russischer Sonderkonditionen für die Länder Osteuropas trug somit ganz wesentlich dazu bei, die geopolitischen Konstellationen in Europa zugunsten der Union

zu verschieben. Die Differenzen über die „angrenzenden Gebiete“ unterstreichen die Asymmetrien, die zwischen den Perzeptionen Russlands und der EU über die Perspektiven Osteuropas sowie über die Ziele ihrer jeweiligen Politik in der Region bestehen. Manchmal scheint es mir, so kürzlich Außenminister Steinmeier, „dass Europäer und Russen erfolgreicher bei den globalen Herausforderungen zusammenarbeiten als bei den regionalen Fragen in der unmittelbaren Nachbarschaft“.

#### 4. Geopolitische Perspektiven in dem Beziehungsdreieck

Die Zukunft Europas und seines Ostens hängt ganz wesentlich von Charakter und Entwicklung seiner zentralen Komponenten EU, Russland und Osteuropa ab. Sie befinden sich sämtlich in fließendem Zustand, in einer Phase von Identitätssuche ihrer selbst ebenso wie im Blick auf die wechselseitigen triangulären Beziehungen. Die Beschädigung einer Seite in dem Beziehungsdreieck – z.B. Konflikte zwischen Russland und der Ukraine – zieht die Beziehungen im Dreieck *insgesamt* in Mitleidenschaft. Ganz entscheidend sind die Antworten auf folgende zentrale Fragen: Wird sich die EU mit der schließlichen Ratifizierung des Lissabonner Reformvertrags als eigenständiger, handlungsfähiger internationaler Akteur überzeugend profilieren, gegenüber Russland einheitliche Positionen beziehen und den Osteuropäern längerfristig eine Beitrittsperspektive bieten können? Wird Russland unter Präsident Medwedjew endgültig von einem neoimperialen zu einem postimperialen nationalen Akteur mutieren, der den wechselseitigen Interessen durch stärkere Bindung seines Landes an gesamteuropäische Werte größere Nachhaltigkeit verleiht? Und werden die Länder Osteuropas – Belarus vorerst ausgenommen – schließlich der EU (und möglicherweise auch der NATO) beitreten und damit die geopolitischen Gewichte auf dem europäischen Kontinent ganz wesentlich zugunsten des Westens verschieben?

So bleiben im Blick auf die Perspektiven Europas und seines Ostens vorerst mehr Fragen als Antworten. Im Verhältnis zu Russland sollte die EU die Chancen neuer Akzente in Moskau nutzen, zumal laut Medwedjew die Union für das Land auf längere Sicht bei allen Problemen ein zwar unbequemer, doch notwendiger Präferenzpartner für das geplante umfassende Modernisierungsprojekt bildet. Vor diesem Hintergrund sollten in kritisch-konstruktivem Dialog die gemeinsamen Interessen nicht durch überzogene Konditionalität bei europäischen Werten und Prinzipien belastet werden, denn „Reformen in Russland können nicht von außen erzwungen, sondern nur unterstützt werden“ (Horst Teltschik). Daher sollte deren Erfüllung Ergebnis längerfristiger Entwicklungen im Zeichen von Pragmatismus und Respekt für die schwierigen Transformationsprozesse in Russland sein. Dabei setzt die EU auf einen unsichtbaren Wertetransfer, angestoßen durch politische Öffnung, soziale Differenzierung und die Herausbildung einer selbstbewussten Mittelklasse, durch wirtschaftliche Interdependenzen und eine Vielzahl internationaler Partnerschaften und persönlicher Begegnungen jenseits der gouvernementalen Ebene. In diesen Rahmen passt der Hinweis Medwedjews auf die Absicht Russlands, „die fast 100 Jahre währende Isolierung und Selbstisolierung Russlands hinter sich zu lassen“ und sich mit einem Schwerpunkt auf Europa in die globale Politik und Wirtschaft einzuordnen.

Eine zentrale Voraussetzung für eine solche Entwicklung besteht aus europäischer Sicht darin, dass Russland die Länder des postsowjetischen Raums auch de facto als unabhängig anerkennt und deren eigenständige, von der Bevölkerungsmehrheit getragene Entscheidung für eine Einordnung in die europäischen (und transatlantischen) Strukturen respektiert. Für die Ukraine beispielsweise bedeutet Unabhängigkeit vor allem Unabhängigkeit von Russland. Immerhin: Für beide Seiten, die EU und Russland, haben im Zweifel wechselseitige stabile Beziehungen und einvernehmliches Krisenmanagement Vorrang vor gewaltgestützten geopolitischen Ambitionen zu Lasten der anderen Seite. Vorbei sind die Zeiten des Kalten Kriegs, als die Sowjetunion 1953, 1956 und 1968 Systemloyalität durch Intervention erzwang und seinen Verbündeten die Breshnew-Doktrin der „beschränkten Souveränität“ aufoktroierte.

Eindrucksvoll demonstriert hat dies die Beteiligung der Seiten an den dramatischen Kiewer Verhandlungen vom November/Dezember 2004, als es ungeachtet der Integrationskonkurrenz und der ihr zugrundeliegenden Wertedifferenz im Beziehungsdreieck EU-Russland-Ukraine zur Verständigung und einer einvernehmlicher Lösung zwischen den Beteiligten kam. Ganz ähnlich ist nicht damit zu rechnen, dass Russland gewaltsam eingreifen wird, falls es in Minsk und anderen Städten von Belarus zu regimekritischen Massendemonstrationen kommt und Lukaschenko gestürzt zu werden droht. Moskau ist an einem solchen Szenario überhaupt nicht interessiert: Das Putin-Regime hat Lukaschenko im Zuge der Proteste gegen die manipulierten Präsidentschaftswahlen von 2006 ein zurückhaltenden Vorgehen angeraten, um nicht selbst in einen scharfen Konflikt hineingezogen zu werden, der seine Beziehungen zum Westen.

In einem positiven Szenario, das konfliktträchtige EU-Russland-Integrationskonkurrenz vermeidet, könnten die Gemeinsamen Gesamteuropäischen Räume des anvisierten Vertrags über strategische Partnerschaft mit den Aktionsplänen harmonisiert werden, die die EU im Rahmen ihrer vertieften Partnerschaftsverträge mit den Neuen Nachbarn abschließt. Eine solche Perspektive, die der Schaffung eines „Größeren Europa“ wichtige Impulse geben würde, ist angesichts des fortwirkenden Moskauer Denkens in Kategorien eines geopolitischen Nullsummenspiels zumindest vorerst jedoch nicht in Sicht.